

Nach einem alten Brauch werden in das Fundament öffentlicher Gebäude Behälter mit Urkunden und Zeitdokumenten eingemauert, gedacht als Koordinaten, die die zeitgeschichtliche Topographie bestimmen sollen, aus dem das Bauvorhaben erwachsen ist.

Es ist nicht ohne Reiz, nach einer entsprechenden Büchse im Fundament der Bundesrepublik Deutschland zu suchen. In ihr dürften sich nicht nur die Nie-wieder-Schwüre finden, sondern auch — vielleicht ganz zuunterst — diverse „Persil“-Scheine.

Gerhard Hoch
Die Zeit der „Persil“-Scheine

Als „Persil“-Schein bezeichnete der Volksmund in den unmittelbaren Nachkriegsjahren formlose Entlastungszeugnisse von Bürgern, die sich selber als politisch unbelastet empfanden, für frühere Amtsträger der NSDAP und ihrer Organisationen.

Solche Zeugnisse wurden bisweilen schon unmittelbar nach dem Einrücken alliierter Streitkräfte, gewissermaßen vorsorglich erbeten und ausgestellt. Ihre große Konjunktur setzte jedoch etwas später ein, als es darum ging, internierte Personen gegenüber den alliierten Behörden oder den Spruchkammern zu entlasten und ihre möglichst baldige Entlassung aus der Haft zu bewirken.

In den meisten Fällen ging die Anregung hierzu vermutlich von den belasteten Personen selber aus bzw. von deren Angehörigen. Sicher handelten auch gelegentlich einzelne Bürger spontan. Bei der Vergegenwärtigung der damaligen Zeitumstände und beim Studium solcher „Persil“-Scheine stößt man jedoch auf das offenkundige Phänomen der Solidarisierung eines sehr breiten Bevölkerungsteiles mit den Belasteten. Die Ausstellung oder das Unterschreiben solcher Zeugnisse stellten eine unter manchen anderen Möglichkeiten dar, die äußere Niederlage des deutschen Faschismus zu überspielen, indem man dessen Funktionäre zu schützen suchte. Es dokumentiert aber auch den Mangel an Bereitschaft, sich selber vom Nationalsozialismus abzuwenden.

Der damals sogleich aufgekommene Ausdruck „Persil“-Schein — nach dem jedermann bekannten Waschmittel „Persil“ — verrät zweierlei. Im Munde vieler Aussteller schwingt das zynische, komplizenhafte Bewußtsein, daß es hier gewissermaßen nur auf die Entfärbung des Braunhemdes ankomme. Dieser Zweck schien es auch zu rechtfertigen, daß grobe Unrichtigkeiten und Unwahrheiten in die Zeugnisse einflossen. Antifaschisten hingegen benutzten das Wort, um die dahinter stehende Unaufrichtigkeit und Kumpanei zu entlarven. Viele erkannten, daß sich hier ein Prozeß anbahnte, eine Tendenz immer mehr durchsetzte, die Ursachen und Erscheinungsformen des Hitler-Faschismus zu vernebeln und damit den Neubau einer demokratischen friedlichen Gesellschaft in Frage zu stellen.

Daß es nach 1945 Fälle gegeben hat, in denen unschuldige Bürger verdächtigt und aus unlauteren Motiven denunziert und interniert worden waren, ist unbestreitbar. Die Bemühungen um solche Menschen sollen hier nicht in Misskredit gebracht werden.

„Persil“-Schein



Ein „Persil“-Schein aus dem Nachkriegsdeutschland

Die Adressaten

Im folgenden sollen Entlastungszeugnisse für eine Reihe interner Persönlichkeiten aus dem Kreise Segeberg untersucht werden. Dabei wird sich unser Augenmerk vornehmlich auf die Aussteller, auf den Wahrheitsgehalt der Aussagen und, soweit möglich, auf die vermuteten Motive richten. Die Namen der Empfänger werden, mit Ausnahme der beiden ersten, abgekürzt wiedergegeben. Die Originaldokumente konnten im Bundesarchiv Koblenz eingesehen werden.¹

Bundesarchiv Koblenz - Z 42.



Das Hakenkreuz steht höher als das Firmenschild: Kaltenkirchen im Zeichen des Nationalsozialismus. Der Ort war einer der Hochburgen der NSDAP in Holstein. 1932 erhielt sie hier 74 % der Stimmen.

NSDAP - Funktionäre:

1. Werner Stiehr, Bad Segeberg, Kreisleiter, Geschäftsführer der Gauleitung Nordmark in Kiel.
2. Otto Köhler, Bühnsdorf, Kreisbauernführer, Leiter der Schleswig-Holsteinischen Genossenschaften, Gauredner, Landeshaupthschulungsleiter.
3. Kaufmann D., Ortsgruppenleiter und Bürgermeister in Alveslohe, Kreisleiter in Pommern, Verwendung in den besetzten Ostgebieten.
4. Landwirt H., Ortsbauernführer und amtierender Bürgermeister in Alveslohe (nicht interniert, Dokumente im Privatbesitz).
5. Landwirt K., Ortsgruppenleiter und SA-Hauptsturmführer in Struvenhütten.
6. Landwirt M., stellvertretender Ortsgruppenleiter in Kaltenkirchen.

7. Landwirt S., Ortsgruppenleiter und Bürgermeister in Schmalfeld.
8. Landwirt Sch., Ortsgruppenleiter und Ortsbauernführer in Winsen.
9. Kaufmann St., Ortsgruppenleiter und Bürgermeister in Henstedt.

Von diesen Personen befanden sich K. und M. im Internierungslager Neuengamme, Stiehr im Lager Staumühle (Sennelager), die übrigen — außer H. — im Lager Eselsheide bei Paderborn.

Eine besonders eindrucksvolle Sammlung solcher Entlastungsscheine aus den ersten Tagen nach dem Einrücken englischer Streitkräfte befindet sich in der Hand des H. in Alveslohe. Je einer ist unterzeichnet von Vertrauensleuten der im Ort eingesetzten Serben, der Sowjetbürger, sowie der Belgier und Franzosen gemeinsam. In letzterem heißt es — in fast völliger Übereinstimmung mit den beiden anderen — *„Wir Unterzeichneten des Kriegsgefangenenlagers... erklären, daß wir uns nur lobend über die uns zugegangenen Berichte über den H. aussprechen können. Er hat uns niemals gequält, sondern im Gegenteil alles getan, um uns zu helfen. Wir bitten aus diesem Grunde die alliierten Behörden, ihn mit entsprechender Achtung zu behandeln“* Das gute Deutsch dieser Schriftstücke stammt selbstverständlich nicht von den Kriegsgefangenen selber. Es weist eher auf den Besitzer und Nutznießer als Urheber hin.

Ähnliches gilt auch von einem Zeugnis, worin dem H. bescheinigt wird, in ihm *„jegliche Unterstützung und größte Bereitwilligkeit zur Aufrechterhaltung der Ordnung“* gefunden zu haben.⁴ Sein Unterzeichner war der überlebende französische Häftling Richard Tackx. Ihm und einigen seiner Kameraden war es gelungen, aus dem KZ-Außenkommando Kaltenkirchen kurz vor dessen Evakuierung am 16. April 1945 nach Mecklenburg zu fliehen. Nach ihrer Befreiung hatte diese Gruppe einige Wochen in Alveslohe gelebt. Auch dieser Text war mit Sicherheit vorformuliert, denn Tackx' Deutschkenntnisse hätten zu solchen Formulierungen nicht ausgereicht.⁴

Der Nachdruck, mit dem hier dem H. Entlastung erteilt wurde, ist durchaus zweifelhaft. Wenngleich ihm keine schweren Verstöße gegen die Menschlichkeit nachgewiesen werden konnten, so ist er doch gegenüber den sowjetischen Kriegsgefangenen ziemlich rücksichtslos gewesen, wie noch im Sommer 1987 von T. Lendzinski, ehemals polnischer Zwangsarbeiter in der Mühle von D. in Alveslohe, bestätigt wurde. Auch ohne daß er allzu Schlimmes für sich zu befürchten hatte, schien den H. doch die Sorge beunruhigt zu haben, daß sein überaus starkes Engagement für die NSDAP einige Vorsorge erforderlich machen könnte.

Wenig später, am 19. Mai 1945, wurde Tackx von anderer Seite bemüht. Seine Unterschrift findet sich auf einem Zettel mit folgendem Text: *„Ich, Richard Jacks“* (muß heißen: Tackx, G. H.) *„vom Konzentrationslager Springhirsch“* (gemeint ist das KZ - Außenkommando Kaltenkirchen, gelegen im Nützener

Ausländer als Aussteller

G. Hoch, *Zwölf wiedergefundene Jahre*, Bad Bramstedt (1980), S. 323.

G. Hoch, ebenda.

Ich selber habe mit Tackx in den 70er Jahren engen Kontakt gehabt; G. Hoch, *Zwölf wiedergefundene Jahre*, S. 323 und G. Hoch, *Hauptort der Verbannung*, 2. Aufl. Bad Segeberg, 1981, S. 54ff. und 72.

E r k l ä r u n g .

die unterzeichneten Kriegsgefangenen des Lagers No. 5

erklären,

dass wir uns nur bedauert haben, die uns zugegangenen Berichte über den Briefwechsel mit Karl Hensel von Versailles aus-
sprechen können; er hat uns niemals gequält, sondern im
Gegegnung alles getan, um uns zu helfen (zu unterstützen).

Wir bitten aus diesem Grunde die alliierten Behörden, ihn
mit entsprechender Achtung zu behandeln.

Vertreterin der
Belgien

Vertreterin der
Franzosen

Der Unterzeichnete dieses, Richard Tucke, Häftling No.
36 456 des Konzentrationslagers Springhirsch, von einem
englischen Offizier (der H. engl. Fassung) bezeugt, die
Polizei in Alveslohe in ihren Aufgaben zu unterstützen,
erklärt hiermit in Herrn Karl Hensel jegliche Unterstützung
und größte Bereitwilligkeit zur Aufrechterhaltung der
Ordnung gefunden zu haben.



So sah ein sogenannter Persilschein aus. Dies waren schriftliche Zeugnisse, die sich beschafft wurden, um sich vor den Entnazifizierungskammern zu Recht zu entlasten oder aber auch, um sich rein zu waschen. Die Aussagen des hier ausgestellten Scheins können angezweifelt werden. Der volkstümliche Name eines solchen Schreibens, nämlich Persilschein, leitete sich von dem Waschmittel Persil ab. Dieses wurde in der Werbung wegen seiner Waschkraft gerühmt.⁵

Ortsteil Springhirsch, G.H.) „No. 36456, bescheinige hiermit, daß 5 Leute vom Konzentrationslager bei der Firma D. gearbeitet haben, gut gepflegt sind und anständig behandelt wurden. Die Leute haben bei der Firma über 5 Monate gearbeitet und freuten sich, dort zu sein.“

Dieses Papier befindet sich in der Akte zu D. Betriebsleiter der Mühle war aber nicht D., sondern dessen jüngerer Bruder. D. selber war während der Kriegszeit in Alveslohe weder wohnhaft noch anwesend und seit langem aus dem väterlichen Mühlenbetrieb ausgeschieden. Die entlastenden Aussagen waren also dem Betriebsleiter D. zugeordnet, und man hoffte möglicherweise, daß davon auch einiger Nutzen auf den internierten D. fließen könnte.

Nach allen mir zur Verfügung stehenden Informationen und Auskünften haben Häftlinge des genannten Lagers niemals bei

G. Hoch, Hauptort d. Verbannung.

Подписавший этот документ
 Работавший в этом предприятии человек
 не имеет никаких сведений относительно того
 сколько человек работали в этом лагере
 и в каком лагере
 Этот человек был в лагере в течение
 всего времени, пока он находился в лагере.
 Karl Haensel.
 Подписавший документ № 10097.
 9/5 1945.

der Firma D. oder überhaupt in Alveslohe gearbeitet. Das Lager hat nur bis Mitte April 1945 bestanden. Gut 5 Monate Arbeit bei der Firma D. vorausgesetzt, hätte dieser Einsatz bereits im November 1944 beginnen müssen. Tackx selber als zeitweiliger Funktionshäftling mußte gewusst haben, daß die Angaben, die er unterschrieben hat, falsch waren. Die kurz vor der Evakuierung des Lagers mit ihm geflohenen Häftlinge können nicht gemeint sein, denn die hatten sich im Moor versteckt und waren erst seit kurzem aus ihrem Versteck aufgetaucht. Auch T. Lendzinski, der jahrelang, bis Mai 1945, in einer Baracke auf dem Mühlengelände gewohnt hatte, bestreitet entschieden, daß jemals KZ-Häftlinge in der Mühle gearbeitet haben.

Die Übersetzung des in kyrillischer (russischer) Schrift geschriebenen Persilscheins lautet: Der Kriegsgefangene Jeljenkov Pjotr (Peter), hat bei diesem (dem Unterzeichner) sieben Monate gearbeitet. Er hat ihm nichts getan. Die Beziehungen waren gut. Andere Genossen haben (sogar) 3 Jahre lang gearbeitet. Auch da hat er sich gut verhalten und die Beziehungen waren im allgemeinen gut für alle ausländischen Kriegsgefangenen. Karl Haensel. Kriegsgefangener Jeljenkov, Nr. 10097, 9. Mai 1945.

Noch fragwürdiger wird das Dokument, wenn man bedenkt, daß gerade in diesem Betrieb die dort eingesetzten sowjetischen Kriegsgefangenen ganz besonders schlecht, ja ausgesprochen brutal behandelt wurden und daß der Betriebsleiter sich aus diesem Grunde eine Zeitlang vor der Wut der Gefangenen verbergen mußte. Auch dies mußte Tackx gewußt haben, der nach eigenen mündlichen und schriftlichen Angaben sofort nach der Befreiung Kontakt mit den im Dorf untergebrachten Ausländern aufgenommen hatte.

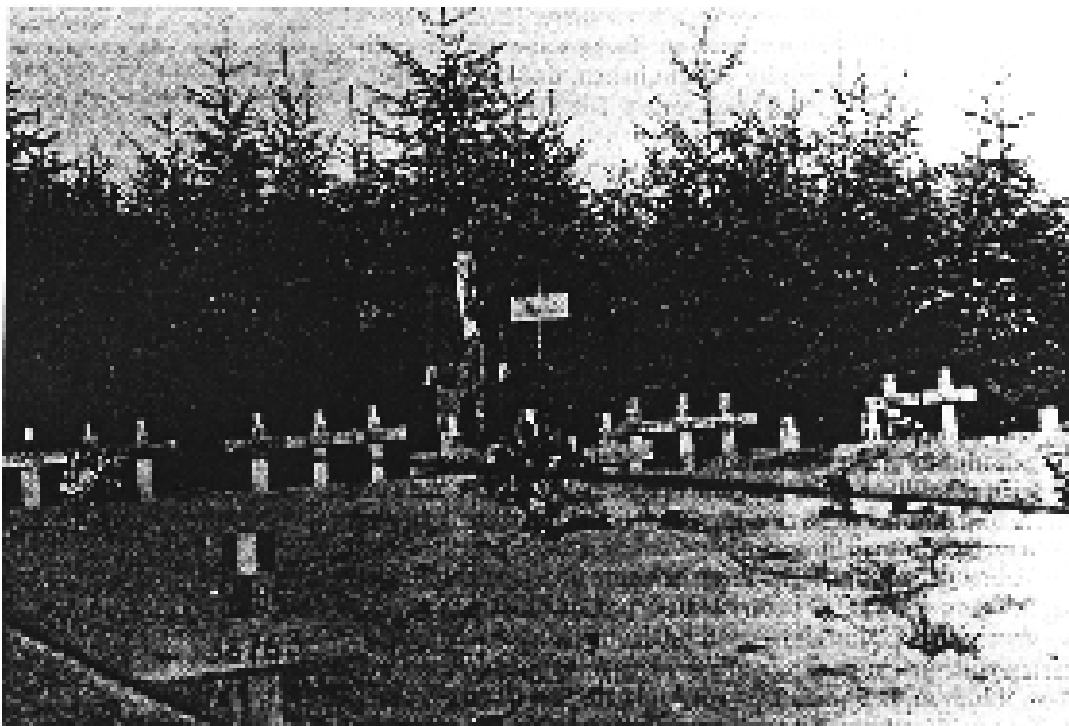
Während in Schmalfeld Bürgermeister und Ortsgruppenleiter S. schon im Mai 1945 unter Hausarrest stand, sammelte man — ebenfalls noch im Mai — unter den im Ort noch anwesenden Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern Empfehlungsschreiben, d.h. man ließ auch hier vorgefertigte Schriftstücke unterschreiben. Der französische Leiter eines Arbeitskommandos in

Schmalfeld attestierte dem S. „*wohlwollendes Benehmen*“, die Russin Anna A. „*gute Behandlung*“, und der Pole Vincent C. fand ihn „*sehr freundlich*“. Der Pole Michael P. hatte bei K. in Struvenhütten 3 1/2 Jahre gearbeitet und fand nun im Januar 1947 für seinen früheren Arbeitgeber die durch ihre Sprache und Terminologie bemerkenswerte Beurteilung: „*Er hat sich aber nie in seinem Fühlen und Denken durch parteipolitischen Fanatismus beeinflussen lassen. Umso höher ist ihm seine zuverlässige und charaktervolle Haltung und sein aufrechtes Mannestum anzurechnen*“. Die Unterschrift des P. wurde durch den Gemeindedirektor F. zusätzlich beglaubigt. — Ähnliche Zeugnisse konnte auch Köhler für sich verbuchen.

Einige dieser Papiere wurden erst relativ spät, nämlich im Jahre 1947 ausgestellt. Ihre Unterzeichner scheinen Grund gehabt zu haben, nicht wieder in ihre Heimat zurückkehren zu wollen. Nicht wenige unter diesen Personen suchten fast um jeden Preis die Anerkennung durch die einheimische Bevölkerung und die Integration in die dörfliche Gesellschaft zu erreichen. Dieses Bemühen könnte hinter manch einem dieser Entlassungsscheine gestanden haben.

Abgesehen vom Fall D. in Alveslohe, kann vorausgesetzt werden, daß die betreffenden Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter wirklich verhältnismäßig gut behandelt worden sind. Dies lag nahe, da sie ja für die Aufrechterhaltung der Hofwirtschaft absolut unentbehrlich gewesen waren, was freilich kaum etwas änderte an der Grundeinstellung dieser Funktionäre wie überhaupt der einheimischen Bevölkerungsmehrheit: Verachtung

Richard Tackx unmittelbar nach der Befreiung an den frischen Gräbern seiner ehemaligen Mitgefangenen.



und Hass gegen das polnische Volk und das bolschewistische Russland. Solange Angehörige dieser Völker den deutschen Herrenmenschen wehrlos und hilflos als Arbeitskräfte ausgeliefert waren und ihnen willig dienten, vergab man sich nichts, wenn man ihnen, auch im Interesse der Erhaltung ihrer Arbeitskraft, freundlich begegnete.

Nun aber hatte sich das Blatt gewendet. Die Herrenmenschen mussten, um ihre Haft abzukürzen und einer wenn auch noch so gelinden Strafe zu entgehen, bei ihren einstigen Arbeitssklaven um ein gutes Wort nachsuchen. Die Rückwirkung einer solchen Demütigung auf die Bittsteller, auf deren Familien und Freunde bestand meistens in einer noch gesteigerten Verhärtung gegenüber jedem Versuch, das Dritte Reich, den Nationalsozialismus und damit einen einsscheidenden Teil ihres eigenen Lebens in Misskredit zu bringen.

Der größte Teil der „Persil“-Scheine stammte von Handwerkern, Landwirten, Gewerbetreibenden, von Vertretern des Mittelstandes also. Mehrfach finden sich Schreiben, die von mehreren, ja zahlreichen Personen gemeinsam unterschrieben sind, andere zeigen wörtliche Obereinstimmung oder sind mit annähernd gleichem Datum versehen, Umstände, die auf eine Art Solidaritätskampagne schließen lassen.

Die dokumentierten Meldungen von den schrecklichen Verbrechen Nazi-Deutschlands, die ersten Kriegsverbrecher-Prozesse, die den Kriegsgegnern ausgelasteten Verluste des Reiches und die bedrückenden Nöte der Zeit, weiter die Forderungen aus den Kreisen von Verfolgten, Widerstandskämpfern und Sozialisten nach einer gründlichen Abrechnung mit dem Faschismus; dies alles hatte den größten, uneinsichtigen Teil der Bevölkerung in eine unerbittliche Abwehrfront getrieben, der sich nun auch viele Bürger einreihen, die zuvor den NS-Funktionären keineswegs hold gewesen waren, die vielmehr in deutschnationaler Distanz zum Parteiapparat geblieben waren. Ihre gemeinsame Sorge schien vor allem die zu sein, daß nach einer radikalen Entnazifizierung „praktisch nur Sozialdemokraten und Kommunisten für Positionen in der Zivilverwaltung, der Industrie und dem Bildungswesen wählbar“ wären.⁶

Zur Abwehr dieser Gefahr schien ihnen die schnellstmögliche Wiedereingliederung bewährter Funktionäre des Dritten Reiches mit ihrer antikommunistischen Erfahrung unverzichtbar zu sein. Diese Bestrebungen waren auch dem US-Geheimdienst durchaus vertraut, denn in einer Analyse vom 11. 01. 1946 wurden aus der Programmatik der nach nationalsozialistischen Rechten u.a. die Anliegen vermerkt: Verlangsamung bzw. Verhinderung einer übertriebenen Entnazifizierung, vor allem in der Wirtschaft, und Widerstand gegen die Erweiterung des politischen Einflusses der Arbeiterbewegung.⁷

Besonders deutlich kommt die gereizte Abwehr in einem Zeugnis für Sch. zum Ausdruck, das von fünf Einwohnern unterzeichnet wurde, die sich alle als „Nicht-Parteigenossen“ empfahlen, unter ihnen Amtsvorsteher K. und Bürgermeister O. (Kattendorf). Sie stellten fest: „Die Unbeliebtheit des Orts-

Standesgenossen als Aussteller

⁶ F. Spotts, Kirchen u. Politik in Deutschland, Stuttgart 1976, S. 85f., zit. nach Reinhard Scheerer, Evangelische Kirche und Politik 1945 bis 1949, Köln 1981, S. 141.

⁷ Scheerer, a.a.O. S. 57.

gruppenleiters wird wohl mehr von den Parteigenossen selbst zum Ausdruck gekommen sein, wie von den Nicht-Parteigenossen. Einem jeden es recht machen, liegt ja auch nicht immer in der Hand des Ortsgruppenleiters". Dem schloss sich Bäckermeister B., „früher SPD“, an: „Wenn nun vielleicht Nörgler oder Besserwisser darunter sind, die mit Herrn Sch. nicht zufrieden waren und heute vielleicht noch nörgeln, den Leuten möchte ich heute noch zurufen: Jedermann recht zu machen, ist eine Kunst, die niemand kann.“ Typische Beispiele hierfür sind auch der Landwirt L. und der Maurermeister H. aus Alveslohe.

Wären die Aussteller aus diesen Kreisen vornehmlich von humanitären Motiven geleitet gewesen, so hätten sie mit ihren Zeugnissen auf dem Boden der Tatsachen und der Wahrheit bleiben können. Petitionen und nicht „Persil“-Scheine wären das Ergebnis gewesen. Tatsächlich aber sind sie von offenkundigen massiven Unwahrheiten gekennzeichnet. Das lässt den Schluss zu, dass man mit unlauteren Mitteln eine Art Weißwäsche von Exponenten der Partei betrieb, dass man aber auch gar nicht fürchten musste, von den Behörden der Falschaussage überführt zu werden. Überdies durfte man sich von dem in ihren Gemeinden vorherrschenden politischen Bewusstsein in seinem Vorgehen bestärkt fühlen.

Unter diesen Voraussetzungen versicherten z.B. angesehene Alvesloher Bürger, nie gehört zu haben, dass D. „*sich propagandistisch für die Partei betätigt habe.*“ Als Alteingesessene hatten sie alle miterlebt, wie D. schon 1929 die NS-Ortsgruppe Alveslohe mitbegründet hatte. Sie hatten in der Kaltenkirchener wie auch der Segeberger Zeitung lesen können, wie D. im weiten Umkreis als besonders aktiver Propagandist und Versammlungsleiter hervorgetreten war. Sie hatten jahrelang miterlebt, wie D. seine Ämter als Ortsgruppenleiter und Bürgermeister im nationalsozialistischen, propagandistischen Sinne geführt hatte.

Doch unter dem Aspekt der Abwehr einer sozialistischen, also nicht bürgerlichen Alternative betrachteten sie D. nun als einen der Ihren und suchten, ihn auch mit fragwürdigen Mitteln herauszupauken. Im Tiefsten war es ihr Bestreben, ihr eigenes politisches Bewusstsein der Strafverfolgung und Diskriminierung zu entreißen. Man wollte keinen Bruch in der jahrzehntelangen Kontinuität vom Kaiserreich, von der Kampffront gegen die Weimarer Republik, über die hohe Zeit Großdeutschlands zu einem restaurierten bürgerlich-antikommunistischen Staat der westlichen Zonen. — Ähnliche Beispiele wie in Alveslohe gab es auch in den anderen Gemeinden.

Dieses Solidaritätsgefühl dürfte es auch gewesen sein, das manche Amtsträger der neuen Zeit zu ähnlichen Verfälschungen veranlasste.

Bürgermeister St., Kaltenkirchen, unterstützte die Einlassung des M. durch die Beteuerung, dass sogar er, St. selber, „*nichts davon wusste, dass die Politischen Leiter der NSDAP verbrecherischen Zwecken zu dienen bestimmt gewesen sind bzw. gedient*“

Amtsträger als
Aussteller

haben." Damit widersprach er seinen eigenen langjährigen Erfahrungen und Äußerungen als früherer Vorsitzender der örtlichen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und als immer wacher und vorsichtiger Beobachter der politischen Szenerie. Waren es doch Politische Leiter gewesen, die schon 1931 seinen eigenen Mühlenbetrieb aus politischen Gründen boykottiert und ihn auf diese Weise gezwungen hatten, sein gesamtes Personal zu entlassen.⁸ Früher von den heimischen Nazis gehasst, beschimpft und bekämpft, bildeten eben diese nun, nach der politischen Wende, die wesentlichste Stütze seiner Amtsführung als erster gewählter Bürgermeister Kaltenkirchens.

Andere in politischer Verantwortung stehende Kaltenkirchner Bürger deckten mit ihren Unterschriften M.s Behauptung: „Über KZ-Lager war mir nichts bekannt. Aus dem Amtsbezirk ist keiner ins KZ gekommen", während doch jeder im Ort, auch die Unterzeichner, wussten, dass mindestens zwei Personen aus dem Amtsbezirk schon 1933 in das KZ Kühlen (Rickling) verbracht worden waren und dass die örtliche Zeitung ausführlich hierüber sowie über andere große Konzentrationslager im Reich berichtet hatte. Alle Bürger Kaltenkirchens wussten überdies von der Existenz des KZ-Außenkommandos Kaltenkirchen vom Herbst 1944 bis April 1945, dessen Häftlinge mehrfach in großen Kolonnen durch den Ort gezogen waren.

Bühnsdorfs Bürgermeister H. versicherte, dem Kreisbauernführer Köhler „war jede Gewalttätigkeit und Willkür verhasst", während Kreisleiter Stiehr in den jährlich anzulegenden Begutachtungsbögen über die ihm unterstellten Parteifunktionäre Köhler jedesmal als „brutal, rücksichtslos..., sehr rechthaberisch..., als rücksichtsloser Vorwärtsstürmer" kennzeichnete, und etliche Landwirte des Kreisgebietes von ihrem Kreisbauernführer schwere Eingriffe, bis hin zum Verlust ihres Hofes — z.B. Landwirt K. aus Klein Rönna und Landwirt L. aus Oersdorf — hatten hinnehmen müssen.

Diplomlandwirt Dr. B., früher Kreisgeschäftsführer des Land- und Bauernbundes Segeberg und einer der engsten Mitarbeiter Köhlers, hielt dessen Amtsführung als Kreisbauernführer und Landeshauptschulungsleiter für „reine Formsache". Er habe eine ganz untergeordnete Rolle gespielt, und „er lag quer zur Partei". Ähnlich verharmlosenden Beteuerungen fügte der CDU-Landesvorsitzende S., um die politische Zuverlässigkeit Köhlers zu untermauern, hinzu: „Wiederholt habe ich ihn im Namen meiner Partei aufgefordert, zum deutschen Parlament zu kandidieren." Das gerne angeführte Querliegen zur Partei weist übrigens fast immer lediglich auf innerparteiliche Querelen und Rivalitäten hin, fast nie jedoch auf politische, ideologische Differenzen.

Auch der frühere Landrat W. v. M., der von 1932 bis 1945 amtiert hatte, bescheinigte dem S., „weder ein Aktivist noch ein Propagandist" gewesen zu sein. Dabei ist kaum anzunehmen, dass er die Diskrepanz zwischen seinem Akten- und Wissensstand nicht empfunden haben sollte. V. M. wußte, dass S. seit 1931 Ortsgruppenleiter und örtlicher SA-Führer gewesen war,⁹ Stellungen, die nur besonderen Aktivisten übertragen wurden.

⁸Schreiben d.Landrats an den Oberpräsidenten vom 9.09.1931; Landesarchiv Schleswig (LAS) 320 Segeberg, Nr. 295.

⁹LAS 320 Segeberg, Nr. 674.

Er wusste auch, dass die Wirtschaftsgebäude des S. mit meterhohen Hakenkreuzen und NS-Parolen versehen waren,¹⁰ und dass auch seine SA-Leute am 17. 07. 1932 am Altonaer Blutsonntag teilgenommen hatten.

Ähnliches Wohlwollen wurde dem ehemaligen Kreisleiter und Gau-Geschäftsführer Stiehr entgegengebracht. Er konnte sich u.a. durch die Angaben zweier Segeberger Polizeibeamten gedeckt fühlen. Polizeimeister K.: „*Ob er sich in üblem Sinne nazistisch betätigt hat, ist hier nicht bekannt geworden..., konnte nicht festgestellt werden, dass er Personen verfolgt, zur Anzeige gebracht oder denunziert hat.*“ Ähnlich Polizeiwachtmeister H.

Demgegenüber hatte sich die Judenverfolgung auch in Bad Segeberg öffentlich ereignet. Die Auslieferung verschiedener Bürger an die Gestapo war kein Geheimnis gewesen. Terrormaßnahmen seitens des Staates und der Partei, von Stiehr in seiner hohen Stellung mitverantwortet und mitdurchgeführt, gehörten zu den allgemeinen Erfahrungen des Dritten Reiches auch im Kreis Segeberg. Ihr Abschreckungszweck (Terror) konnte ja nur erreicht werden, wenn sich die immer lauende Gefahr in das Bewußtsein möglichst aller Bürger einnistete. Die Unterdrückung und Leugnung so frischer geschichtlicher Erfahrungen mußten den politischen Umdenkungsprozeß außerordentlich erschweren.

Sehr nachdenklich stimmen muß eine Bescheinigung des Regional Food-Office, Agricultural Department, vom 27. 10. 1945, wonach Köhler die landwirtschaftliche Verwaltung des Kreises von 1934 bis Juni (!) 1945 immer gut geführt habe. „*Es konnte die Lebensmittelablieferung in den genannten Jahren erheblich gesteigert werden. Herr Köhler- war dafür bekannt, dass er sein Amt unpolitisch führte und oft eine andere Meinung vertrat, als sie von den Parteiführern verlangt wurde.*“

Talente, auf die sich das Dritte Reich hatte stützen können, konnten sich auch unter den veränderten Verhältnissen bewähren. Werner Stiehr hatte sich als „*Schreiber*“ in der britischen Registratur des Lagers Staumühle (Senne-Lager) nützlich gemacht. Der Verwaltungsoffizier des Zivilinterniertenlagers Nr. 5 beim Hauptquartier der Kontrollkommission für Deutschland fertigte ihm ein sehr weitreichendes pauschales Zeugnis aus, worin es heißt: „*Er erwies sich als absolut vertrauenswürdig und kann für jede Vertrauensstellung empfohlen werden.*“ Diese Empfehlung verhalf ihm nach seiner Haftentlassung 1948 zur Anstellung bei einer britischen Dienstgruppe (BCLO 412) in Neumünster. Auffallend ist, dass die technokratische Qualifikation honoriert wurde, ohne dass nach dem gesamtpolitischen Zusammenhang gefragt wurde, dem sie gedient hatte. Die gute Arbeit im Büro der Sieger rechtfertigte offenbar die Verwendung des hohen Nazi-Funktionärs in „*Jeder Vertrauensstellung*“ des werdenden neuen Staates.

Diese beiden Fälle können Hinweise sein auf eine durchgängige britische Politik, die dann 1948 in einer Botschaft des britischen Außenministers an die Mitglieder des Commonwealths

¹⁰ LAS 320 Segeberg, Nr. 755.

formuliert wurde. „Im *Licht künftiger politischer Entwicklung in Deutschland*“, so hieß es, sei die britische Regierung überzeugt, dass die Vergangenheit so schnell wie möglich vergessen werden müsse.¹¹ Der Kalte Krieg scheint hierin seinen Personalbedarf auch an deutschen Experten angemeldet zu haben.

Alle von Arbeitern ausgestellten „Persil“-Scheine haben betont entlastenden Charakter. Die sich für Sch. in Winsen verwendeten, fallen durch ihre stereotypen amtsdeutschen Formulierungen auf. In Bezug auf D. in Alveslohe erklären alle in gleichen Wendungen, sein Parteieintritt sei in „*jugendlicher Begeisterung*“ und „*aus reinem Idealismus*“ erfolgt. Dieser „*reine Idealismus*“ wurde von Anfang an von Nationalsozialisten gerne für sich in Anspruch genommen. Gemeint war der selbstlose und kompromisslose Einsatz für eine Idee, selbst wenn diese Maßnahmen wie die Endlösung der Judenfrage umschloss. An kulturellen und humanen Wertvorstellungen wurden die Idee und der von ihr motivierte Idealismus nicht gemessen. Der Arbeiter R. versicherte überdies, er habe niemals gehört, dass sich D. „*propagandistisch für die Partei betätigt habe*“. Und Arbeiter B. aus Bad Segeberg entlastete seinen früheren Kreisleiter vollständig und versicherte, dieser habe neben seiner „*segensreichen sozialen Tätigkeit*“ auch „*politisch andersdenkenden Menschen völlige Gerechtigkeit widerfahren lassen.*“

In einigen dieser Fälle drängt sich der Verdacht auf, dass Arbeitgeber das Abhängigkeitsverhältnis ihrer Arbeiter ausgenutzt haben könnten, indem sie ihnen vorformulierte Texte zur Unterschrift vorgelegt haben. Denkbar ist aber auch, dass manch ein Arbeiter hoffte, sich durch möglichst enge Anlehnung an die besseren Kreise endlich aus seiner unterprivilegierten gesellschaftlichen Stellung befreien zu können, und das um-so mehr, als alle politischen Wegweiser bereits in die Restaurierung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zeigten.

Und manch ein Arbeiter mag gehofft haben, durch Fügsamkeit gegenüber der herrschenden Grundstimmung von dem Trauma erlöst zu werden, das ihm eine mitunter recht schnelle Vereinnahmung durch die NSDAP und ihre Gliederungen und Organisationen beigebracht hatte.

Zum Schluss soll der Blick auf Zeugnisse von Personen gerichtet werden, die sich ausdrücklich als Sozialdemokraten bezeichneten. Sicher wollten sie durch diesen Hinweis ihrer Aussage eine erhöhte Glaubwürdigkeit verleihen. Von ihnen als Angehörigen einer antifaschistischen Organisation, die unter dem Hitler-Faschismus besonders gelitten hatte, hätte man eine stärkere politische Sensibilität erwarten dürfen. Doch wurde in den untersuchten Fällen diese Erwartung nicht erfüllt.

In Kaltenkirchen hatte sich der SPD-Ortsverein schon bei seiner Wiederbegründung im April 1946 die Reinigung der Gemeinde vom nationalsozialistischen Erbe zum Ziele gesetzt und entsprechende, sehr maßvolle Anträge an die Gemeindevertretung formuliert. Der Ortsverein war jedoch von seinem Kreis-

Arbeiter als Aussteller

Sozialdemokraten als Aussteller

¹¹ Frankf. Rundschau v. 4.10.1985.

vorsitzenden Otto Auhagen aus Henstedt, der gleichzeitig stellvertretender Landrat und seit dem 1. 05. 1946 auch Local Government Liaison Officer der britischen Militärregierung war, zu einer demütigenden Rücknahme dieser Anträge gezwungen worden.¹² Auhagen hatte die Bemühungen um Selbstreinigung auf kommunaler Ebene als „*Gestapo-Methoden*“ gebrandmarkt und das politische Bewusstsein seiner Genossen schwer erschüttert.

Während sich die Kaltenkirchener SPD zunächst immerhin weigerte, ab Sommer 1946 noch „Persil“-Scheine auszustellen, ließ sich der Vorsitzende Hans Ulrich ein Jahr später herbei, in einem Empfehlungsschreiben für M. dessen Mitgliedschaft in der Partei „*teilweise aus Zwang und teilweise aus Not, hervorgerufen durch die damalige Wirtschaftslage*“ zu erklären. Darin artikuliert sich bereits die sich bis heute haltende Legende über die Entstehung des Nationalsozialismus und des Dritten Reiches. Bei M.s Parteieintritt schon im Jahre 1930 konnte von Zwang sicher keine Rede sein, ebenso wenig bei den Kaltenkirchener Mitbürgern, die schon bei der Reichstagswahl 1930 zu über 44%, 1932 gar zu 74% die Hitler-Partei gewählt hatten.

Auch wirtschaftliche Not war bei M. kein bestimmender Faktor gewesen. (In Kaltenkirchen und Umgebung war kein Bauernhof einer Zwangsversteigerung zum Opfer gefallen.)

Unter den 58 Unterschriften für eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für Köhler vom Oktober 1946 finden sich auch die Namen mehrerer SPD-Mitglieder. Sie alle haben die Unwahrheit bezeugt, dass nämlich Köhler als hoher Landwirtschaftsfunktionär der Partei nur „*reine Standesvertretung*“ wahrgenommen habe, dass er „*nie parteipolitische Reden gehalten oder Artikel veröffentlicht hat, die Parteiziele verherrlichten.*“ Es heißt sogar weiter: „*Wir verbürgen uns dafür, dass er.. alles daran setzen wird, innerhalb der Landwirtschaft den demokratischen Aufbau zu fördern.*“

Im März 1947 verliehen eben diese Sozialdemokraten, im Verein mit über 20 anderen Bürgern, ihrer früheren Aussage mit der Behauptung Nachdruck, „*dass Köhler als hervorragender Vertreter der bäuerlichen Standesinteressen in Gegnerschaft zur NSDAP gestanden*“ habe, und „*ihre Gewaltherrschaft hat er sich niemals zu eigen gemacht.*“ Wie oben bemerkt, hat Kreisleiter Stiehr seinen Beurteilungsbögen das genaue Gegenteil anvertraut.

50 Bürger der Gemeinde Struvenhütten, die alle „*der NSDAP nicht angehörten*“ unter ihnen der Bürgermeister, der Gemeindedirektor, neun Gemeinderäte, der Ortsbauernvorsteher und „*für die in Struvenhütten vertretenen antifaschistischen Parteien*“ der SPD-Vorsitzende K. sowie der CDU-Ortsbeauftragte B., versicherten im Oktober 1946 wahrheitswidrig: „*K. hat unseres Wissens niemals öffentliche Ansprachen gehalten... Von einem aktiven Parteileben innerhalb der Ortsgruppe kann hier nicht gesprochen werden. Er muss freigesprochen werden.*“ (Der Freispruch erfolgte in der Tat.)

„Persil“-Scheine für notorische Nationalsozialisten aus der Hand von Sozialdemokraten unmittelbar nach der Beendigung

¹² G. Hoch, Die verhinderte Selbstreinigung, in: Demokratische Geschichte, Jg. 1, 1986, S. 309-316. G. Braas, Vor vierzig Jahren: Die Wiedergründung der SPD-Ortsgruppe Kaltenkirchen, in: Mitteilungen (Beirat) H. 3, 1986.



der faschistischen Herrschaft durch die Alliierten — das ist schon ein bestürzender Sachverhalt. Der freilich wird möglicherweise weniger verwunderlich erscheinen, wenn man versucht, die Motive aufzuhellen. Da indessen keinem der vorliegenden Zeugnisse eine entsprechende Erläuterung beigegeben ist, wird man in einem bislang kaum erforschten Gelände auf Spurensuche gehen müssen — mit allen Unsicherheiten eines solchen Unterfangens.

Die Eingreifgarde des A. aus Struvenhütten: Mitglieder der SA-Führerschule Kattendorfer Hof, die in der Befehlsgewalt des K. stand. (Das Bild wurde 1932 aufgenommen, als für die SA ein Uniformverbot bestand.)

Im Blickfeld steht dabei nicht die gelegentliche Bestätigung eines allgemein korrekten, humanen Verhaltens der Funktionäre, sondern begünstigende Aussagen, die offenkundig im Widerspruch zu allgemein bekannten und noch in frischer Erinnerung befindlicher Tatsachen stehen.

In keinem dieser Zeugnisse drückt sich auch nur andeutungsweise aus, dass der Aussteller sich bewusst war, wie groß die Tragweite und wie schwer die Verantwortung war, wenn jemand im Gefüge des Hitler-Faschismus und des Dritten Reiches eine führende Rolle übernommen hatte. In keinem dieser Schreiben spürt man die bedrückende Erkenntnis, dass auch ein Ortsgruppenleiter jene historisch einmaligen Verbrechen, wie sie in den Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg abgeurteilt worden waren, mitermöglicht hat. Statt dessen versuchen die Aussteller mit auffallend leichter Hand, eben diese Verantwortung abzuschwächen und einzuebnen, die Gründe für die Übernahme führender Ämter außer Acht zu lassen, dafür aber umso engagierter die Motive für den Parteieintritt aufzuführen. Zudem ist nicht zu übersehen, dass noch die Bestätigung persönlicher

Lauterkeit dem Zwecke zu dienen schien, die eigentliche, nämlich die politische Belastung der Adressaten herunterzuspielen.

Man muss wohl versuchen, sich in die Zeit unmittelbar nach der Kapitulation zurückzusetzen, um die psychischen und gesellschaftlichen Pressionen begreifen zu können, die auf vielen Sozialdemokraten lasteten.

Sozialdemokraten in diesem ländlichen Gebiet mussten mit der jahrzehntelangen Erfahrung fertig werden, dass sie immer zu den Einflusslosen, Geringgeschätzten, oft auch zu den Gehassten ihrer Gesellschaft gehört hatten, denen diejenigen gegenüberstanden, die durch Besitz privilegiert waren und die darum allerorten das Sagen hatten. Dieses Unterlegenheitsstigma wurde durch die wahrhaft niederschmetternde Erfahrung vertieft, dass ihre, die Weimarer Republik so kampflos und ruhmlos von den faschistischen Mächten in der Gesellschaft überrollt worden war.

Sehr viele Arbeiter und mit ihnen Sozialdemokraten hatten nach der Machtübergabe an Hitler recht früh ihren Frieden mit dem neuen Staat gemacht — als Wähler, als Mitglieder verschiedener Massenorganisationen (z.B. Deutsche Arbeitsfront, NS-Betriebsorganisation, Kraft durch Freude, NS-Volkswohlfahrt). Bei allem Verständnis hierfür — und wer wollte sich gegenüber solchem Verhalten zum Richter aufwerfen — hat auch das traumatische Wirkungen hinterlassen.

Anders als viele Bürger des Mittelstandes, Bauern, Handwerker und Kaufleute vor allem, waren Arbeiter und Sozialdemokraten für sich und ihre Familien in den schweren Notjahren angewiesen auf die Produzenten von Lebensmitteln, die Verteiler von Feuerung, die Verwalter von Wohnraum, die Vergeber von Arbeitsplätzen. Das höchstnotierte Zahlungsmittel jener Jahre aber waren die Beziehungen, und die kleinen Leute hatten nicht selten einen Teil ihrer persönlichen Integrität hinzugeben. Sie waren von den gleichen dörflichen Führungsschichten abhängig geblieben wie zu Kaisers, zu Weimars, und zu Hitlers Zeiten. Und wollten sie sich deren oft genug notwendiges Wohlwollen nicht verscherzen, mussten sie unter Umständen schon zu einer Gefälligkeit für die in den Internierungslagern festgehaltenen Führungskräfte bereit sein.

Die Nationalsozialisten hatten die gesamten Strukturen, das vielfältige kulturelle und gesellschaftliche Netz der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen nachhaltig zerschlagen. Die Sorge um das nackte Überleben nach der Befreiung absorbierte die Kräfte und ließ besonders auf den Dörfern wenig Energie und Interesse, das Haus der Partei neu zu bestellen. Und je spürbarer dieses Vakuum wurde, umso lauter konnte sich auch bei den der SPD verbundenen Menschen der unteren Schichten der Wunsch regen, nun endlich Anerkennung und Aufnahme zu finden durch die instinktive und konsequente Orientierung nach oben. Mochte eine solche Integration bzw. Konversion auch nur subjektiv vollzogen sein und eben nicht in der gesellschaftlichen Realität, sie forderte als Preis weitgehende Anpassung an das Fühlen, Denken und Reden derer da oben, auch wenn man getreulich das rote Parteibuch in der Schublade be-

hielt. Zu den freiwilligen Tributleistungen können durchaus jene Entlastungszeugnisse gehört haben.

Für jedermann unverkennbar war das große Misstrauen der britischen Besatzungsmacht gegenüber den Gewerkschaften als vermuteten Trägern sozialistischer Zielvorstellungen. Ihre sehr zögerliche Zulassung wird ein linkes politisches Bewusstsein eher gedämpft haben. Und an der überall zu beobachtenden Praxis, die Wirtschaftsführer des Dritten Reiches in großer Zahl an den Schalthebeln einer sich langsam erholenden Wirtschaft zu belassen, war abzulesen, welcher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die Zukunft Deutschlands gehören sollte. Damit erlebten Sozialdemokraten sich wieder in der Rolle des wahrscheinlichen Verlierers, aus der sie doch herauswollten.

Die Restauration der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft aber setzte auch die Fortdauer des Feindbildes voraus: den Antikommunismus. Den altbösen Feind im Visier, gerieten der Faschismus und seine Funktionäre immer mehr aus der Schusslinie. Der Kalte Krieg eröffnete und begleitete jene vom britischen Außenministerium angesprochenen „*künftigen politischen Entwicklungen in Deutschland*“. Denn an dieser Front schienen Erfahrung und Dienst der deutschen Westzonen als unverzichtbar.

Für einzelne Sozialdemokraten war es überaus schwer, sich nun schon wieder den offensichtlich stärkeren Bataillonen zu verweigern und die Zukunft gegen sich zu haben. Die Eingewöhnung in diese Front und die fast panische Furcht, in Kommunismusverdacht zu geraten, wird manchem Sozialdemokraten die Feder geführt haben, wenn es darum ging, die ausgewiesenen Antikommunisten aus den Internierungslagern herauszubekommen.

Es liegt zwar kein „Persil“-Schein aus amtskirchlichen Kreisen vor, aber bei der Würdigung dieser Dokumente kommt man an der hiesigen Landeskirche nicht vorbei. Beide Konfessionen hatten in der ersten Nachkriegszeit gewissermaßen Hochkonjunktur. Die Statistiken belegen, dass sich die Menschen inmitten der Not den Gottesdiensten und Sakramenten zuwandten. Das Wort der Kirche besaß eine stark meinungs- und stimmungsbildende Kraft in sehr breiten Schichten der Bevölkerung, und das umso mehr, als sich ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen immer noch weitgehend mit denen der bürgerlichen Mittelschichten deckten — eine Übereinstimmung, die auch nach 1918 schon deutlich und verhängnisvoll in Erscheinung getreten war. So fand sich ein großer Teil der Öffentlichkeit — genau wie damals — durch die ersten Verlautbarungen der hiesigen Landeskirche in der Abwehr von Einsicht und Umkehr bestärkt.

Das Wort der Kirche

Am 24. August 1945 hatte die ‚Vorläufige Kirchenleitung‘ ein von Präses Halfmann, dem späteren Landesbischof, unterzeichnetes Wort „*An die Flüchtlinge evangelischen Glaubens in Schleswig-Holstein*“ gerichtet. Darin wird, ohne die Ursachen für das Leid der Flüchtlinge überhaupt anzusprechen, nur selbstgerecht und selbstmitleidig geklagt: „*Das deutsche Volk*

beklagt den Verlust seiner großen Ernährungsgebiete, und die evangelische Kirche blickt mit unsagbarer Trauer auf die Trümmer der Dome und Kirchen von Königsberg, Danzig und Kotberg, von Breslau, Posen und so vielen anderen Mittelpunkten deutschen evangelischen Lebens. Die evangelische Kirche des europäischen Kontinents ist weiterhin zerstört, ausgeliefert dem polnischen Katholizismus, dem Bolschewismus und dem slawischen Nationalismus der südöstlichen Länder. Über Wittenberg und der Wartburg steht der Sowjetstern. Unzählbar ist die Zahl der Umgekommenen, der Geschändeten und der Ermordeten — unter ihnen nicht wenige, die als Märtyrer ihres evangelischen Glaubens gefallen sind. Wenn wir diesen Zusammenbruch einer mehr als 700jährigen deutschen Kultur im Osten zu ermessen versuchen, wenn wir an das Meer von Blut und Tränen denken, dann versagen sich die Worte dem, was unser Herz füllt."

Die evangelische Kirche insgesamt fand nicht die Kraft, ihre eigenen erheblich belasteten Bischöfe auszuwechseln.¹³ Woher also hätte sie das moralische Recht nehmen sollen, gegen das Unwesen der „Persil“-Scheine aufzutreten?

Die 'Vorläufige Leitung' der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins sah sich vielmehr im Herbst 1945 zu einer „Kanzelabkündigung betr. Denunziation“ veranlasst, die, ähnlich wie nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg, von dem „aus tausend Wunden blutenden deutschen Volk“ spricht, welches nichts nötiger habe als sich von Christus die Sünden „wegtragen“ zu lassen — als käme es zuvor nicht auf die Mühsal eigener Trauerarbeit (Buße) an. Das Dokument spricht nur die Möglichkeit einer Anschwärzung von Mitmenschen an, nicht aber die Notwendigkeit eines kollektiven, schmerzhaften, reinigenden Gerichtes. Der eindringliche Verweis auf das achte Gebot „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten“ musste auf diese Weise bei vielen Hörern die Forderung provozieren, dass „falsch Zeugnis“ für den Nächsten, zugunsten belasteter Amtsträger, wohl angezeigt sei. Zumindest machte die Undifferenziertheit des Aufrufes es den Menschen leicht, ihre eigene Neigung durch sie bestätigt zu sehen.

linke Seite:

Dieser Schein stammt nicht aus der Umgebung von Kaltenkirchen, sondern aus dem ca. 20 km entfernten Elmshorn. Er könnte sich aber auch gut in das angesprochene Thema einpassen. Die Übertragung der altdeutschen Schrift in heutige Zeichen lautet: Arthur Geißler, Elmshorn, 29.9.47 Flamweg 13.

Ich bin bereit, folgende Aussage unter Eidesstatt zu bestätigen:

In den Jahren 1934, 1935 gab es in meiner Wirtschaft einen Teil Menschen, die der NSDAP und ihren Nebengliederungen angehörten. Sie wussten, dass Ich Mitglied der KPD und der SPD war und verkehrten trotz eines Verbotes der NSDAP und sogar der SS in meinem Lokal weiter. Sie aßen Mittag und Abend bei mir und ich kam in nähere Berührung dadurch mit Ihnen. In dieser näherem Berührung fand ich den Mut mit ihnen zu diskutieren und zwar auf dem Boden der Wirklichkeit. Ich gab ihnen klar zu verstehen, was der Faschismus uns Deutschen bringen würde und scheute mich nicht, ihnen von meinen Erlebnissen im Jahre 1933 im KZ zu erzählen. Ich verschwieg sogar nicht, dass im KZ Leute ermordet wurden auf bestialische Art und Weise. Sie alle lehnten dies in aller Form ab und erklärten schon damals, dass sie für so eine Sache sich niemals hergeben könnten. Dieser Diskussionsklub diskutierte zeitweise bis morgens 5 Uhr in meiner Wirtschaft. Es gehörten diesem Diskussionsklub u.a. an:

(Es folgen die Namen der Betroffenen.)

(gez.) A. Geißler

¹³ Scheerer, a.a.O., S. 84f.